Antrag

der Fraktion Die Linke

Gleicher Zugang zum Recht für alle Bürgerinnen und Bürger – Einschränkung der Prozesskosten- und Beratungshilfe stoppen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

- I. Das Abgeordnetenhaus spricht sich gegen den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts“ (BT-Drs. 17/11472) aus.
- II. Der Senat wird aufgefordert, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in Beratung und Beschlussfassung gegen den oben genannten Gesetzentwurf einzusetzen, insbesondere gegen folgende im Gesetzentwurf enthaltene Regelungen:
 1. die deutliche Absenkung des Freibetrags für das einzusetzende Einkommen von 50 auf 25 Prozent der Regelbedarfsstufe 1,
 2. die Festlegung der Höhe der monatlichen Rate auf die Hälfte des einzusetzenden Einkommens,
 3. die Erhöhung der Ratenzahlungshöchstdauer von bisher 48 Monaten auf zukünftig 72 Monate,
 4. die Definition der „Mutwilligkeit“ in § 114 Abs. 2 ZPO,
 5. die Möglichkeit der Gerichte zur Einholung von Auskünften über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers bei Sozialversicherungsträgern, Arbeitgebern und Finanzämtern und zur Ladung von Zeugen zur Überprüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse,

6. die eingeräumte Gelegenheit für den Gegner des Antragstellers auf Prozesskostenhilfe (PKH), im PKH-Verfahren zu den Voraussetzungen für die Bewilligung von Prozesskostenhilfe Stellung zu nehmen, soweit hiervon auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers umfasst werden,
7. die Öffnungsklauseln für die Länder bezüglich der Einführung einer ausschließlichen Zuständigkeit anwaltlicher Beratungsstellen im Bereich der Beratungshilfe sowie bezüglich der Übertragung von Kompetenzen im Rahmen der PKH-Bewilligung auf Urkundsbeamte,
8. die Umwandlung der zwingenden Beiordnung eines Rechtsanwalts für den Antragsgegner in Ehescheidungsverfahren in eine einzelfallabhängige Beiordnung unter Entscheidung des Gerichts.

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Ausgaben für Beratungs- und Prozesskostenhilfe zurückzudrängen. Die Explosion dieser Kosten ist allerdings nicht den Menschen vorzuwerfen und anzulasten, die zur Verfolgung ihrer Rechtsangelegenheiten auf die Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe angewiesen sind.

Die Rechtsgewährung des Staates des Grundgesetzes ist eine zentrale Säule des modernen Rechtsstaats, die Unterstützung mittelloser Menschen zu ihrer Inanspruchnahme eine wichtige Ausprägung des Sozialstaatsprinzips. Insofern sind die steigenden Aufwendungen für PKH und Beratungshilfe eher Symptom eines Politikversagens: Prekarisierung und Niedriglohnssektor, Ausgrenzung und Armut sind die Gründe für höhere Ausgaben in diesem Bereich. Ein weiterer Grund liegt in schlechter gesetzgeberischer Tätigkeit des Deutschen Bundestages – so bei den exorbitant gestiegenen Sozialgerichtsverfahren in Sachen Hartz IV.

Es ist ein Gebot politischen Anstands, den Rat- und Rechtsuchenden die Möglichkeit der Wahrnehmung ihrer Rechte nun nicht auch noch zu erschweren. Sie sind auf die staatlichen Unterstützungsleistungen existenziell angewiesen – das gilt sowohl für die SGB-Leistungen als auch für die Möglichkeit, die Gewährung dieser Leistungen gerichtlich überprüfen zu lassen. Deshalb ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung, soweit er dieses Ziel verfolgt, abzulehnen.

Im Einzelnen:

Zu 1.: Unter dem Gesichtspunkt der Rechtsschutzgleichheit verbietet sich die vorgesehene Absenkung der Freibeträge. Denn es handelt sich nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des maßgeblichen Warenkorb sowohl bei der Suche nach Rechtsrat als auch bei der Prozesskostenhilfe um Mehrbedarf, der in den ohnehin bereits an der finanziellen Untergrenze angesetzten Sozialleistungen nicht enthalten ist. Hier zu kürzen, dürfte sich unmittelbar auf die Möglichkeit auswirken, Rechtsschutz zu suchen, und mit dem Sozialstaatsprinzip schwer vereinbar sein.

Zu 2.: Ferner regelt der Entwurf nicht das Problem, das auftritt, wenn sich die Einkommensverhältnisse später erheblich verringern, ohne dass die Quote auf 0 zu redu-

zieren wäre. In § 120a Abs. 1 ZPO-E wird dieses Problem nicht gelöst: Für eine Reduktion der Ratenhöhe haben dieselben Kriterien zu gelten wie für ihre Erhöhung.

Zu 3.: Hinsichtlich einer Verlängerung der Rückzahlungspflicht gelten die Argumente, die gegen die Verlängerung der Ratenzahlungsverpflichtung im Insolvenzfall sprechen, im Wesentlichen für alle anderen Bedürftigen auch: Wer so geringe Raten zu zahlen hat, dass er die Kosten nach vier Jahren noch immer nicht ausgeglichen hat, dem geht es in der Regel so schlecht, dass eine Verlängerung auf sechs Jahre zur Qual wird. Im Übrigen dürften die Mehrkosten für die längere Überprüfung die Einnahmen bei dieser Personengruppe übersteigen.

Zu 4.: Weiterhin ist auch der Formulierungsvorschlag einer Legaldefinition der Mutwilligkeit in § 114 Abs. 2 ZPO-E zu kritisieren. Er gibt die verschiedenen Aspekte der Rechtsprechung nur unzureichend wieder und droht auf reine Wirtschaftlichkeits-erwägungen hinauszulaufen. Der Staat hat jedem Bürger auch für geringe Forderungen und immaterielle Angelegenheiten den effektiven Zugang zu den Gerichten zu eröffnen. Wenn jedoch die Gewährung von Prozesskostenhilfe und damit der Zugang zum Gericht für den sozial schwachen Bürger davon abhängig gemacht wird, dass seine Rechtsverfolgung auch unter Berücksichtigung der Erfolgchancen und der Kosten wirtschaftlich ist, dann wird dadurch die in Art. 19 Abs. 4 GG enthaltene Rechtsgewährungsgarantie berührt. Es muss daher klar gestellt werden, dass jedenfalls als letzte Möglichkeit der Weg zum Gericht gewährleistet bleibt.

Zu 5.: Die vorgesehenen Möglichkeiten einer vertieften Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse gegenüber nichtstaatlichen Stellen sind ebenfalls grob unverhältnismäßig. Es geht weder den Arbeitgeber noch die Bank etwas an, ob und gegen wen jemand Prozesse führt und dazu um Prozesskostenhilfe nachsucht. Die Anfrage bei einem Kreditinstitut würde nahezu zwangsläufig dazu führen, dass diese ihren Niederschlag in einem der Bewertung der Kreditwürdigkeit dienenden System fände. Und auch der Arbeitgeber kann diese Information in einer nicht intendierten Weise verwenden. Besonders schwerwiegend schlägt dies zu Buche, wenn sich der Antragsteller auf der Beklagten- oder Beigeladenenseite befindet und sich so dem Verfahren nicht entziehen kann.

Zwar ist die Möglichkeit von Kontrollanfragen an die Einwilligung des bedürftigen Antragstellers geknüpft. Dies führt aber zu keinem anderen Ergebnis, da es eine „Zwangseinwilligung“ ist. Wenn sich der Betroffene nämlich nicht bereits in seinem Antrag damit einverstanden erklärt, dass das Gericht Einkünfte etwa bei Finanzämtern, Banken, Sozial- und Rentenversicherern und sogar beim Arbeitgeber des Antragstellers einholen darf, soll ein Anspruch auf Prozesskostenhilfe automatisch verneint werden, wenn die Auskunft erforderlich ist (§ 118 Abs. 3 Satz 2 ZPO-E). Da der Antragsteller nicht wissen kann, ob dies für erforderlich gehalten wird, ist er gezwungen, die Einwilligung vorab zu erteilen, um nicht Gefahr zu laufen, die beantragte Hilfe allein aus formalen Gründen versagt zu bekommen

Zu 6.: Problematisch ist die Bedeutung, die der beabsichtigten Änderung der Formulierung des § 118 Abs. 1 Satz 1 ZPO wohl zukommen soll. Wenn damit lediglich gemeint sein sollte, dass die gegnerische Partei davon Kenntnis erlangt, dass ein Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe gestellt wurde, und ihr dadurch Gelegenheit gegeben wird, sich auch zur Frage der Bedürftigkeit zu äußern, so bedürfte es dieser

Vorschrift nicht. Denn schon jetzt wird dem Beklagten der Klageentwurf zur Stellungnahme übersandt, und der PKH beantragende Beklagte stellt diesen Antrag in aller Regel im Rahmen des an den Kläger zu übermittelnden Schriftsatzes. Sollte der Kläger die Klage unbedingt und unter Beifügung des Vorschusses eingereicht haben, so sollte das darin zum Ausdruck kommende Bedürfnis nach Wahrung der Geheimhaltung einer möglichen Bedürftigkeit (die für juristische Personen existenziell sein kann) akzeptiert werden. Gleiches gilt für den Beklagten.

Sollte aus der Formulierung eine Ermächtigung zu lesen sein, der gegnerischen Partei die finanziellen Verhältnisse des Antragstellers offen zu legen, so kann dem nicht energisch genug entgegengetreten werden. Eine solche Offenbarung wäre entwürdigend und stellt einen gravierenden Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar, der sich nicht rechtfertigen ließe. Vor diesem Hintergrund sollte es bei der bestehenden Formulierung verbleiben.

Zu 7.: Weiterhin lehnen wir ausdrücklich eine Öffnungsklausel für die Länder ab, eine ausschließliche Zuständigkeit anwaltlicher Beratungsstellen im Sinne des § 3 Abs. 1 BerHG einzuführen. Die Erfahrung in den Ländern, in denen anwaltliche Beratungsstellen bestehen, hat gezeigt, dass diese Einrichtungen nur eine Ergänzung und keine Ersetzung anwaltlichen Rates sein können. Die Garantie des uneingeschränkten Zugangs zum Recht auch für die bedürftige Partei verbietet es, mittellose Rechtsuchende allein auf eine Beratungsstelle zu verweisen. Die Beratungsstelle ist regelmäßig nicht täglich zu erreichen. Der Rechtsuchende kann seinen Rechtsanwalt nicht frei wählen. Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass die Verweisung von Bedürftigen an die Beratungsstellen eine Schlechterstellung des Bedürftigen gegenüber dem bemittelten Rechtsuchenden bedeutet.

Soweit der Entwurf vorsieht, mit der Übertragung der Prüfung der Bedürftigkeit auch die Kompetenz zur Beurkundung von Vergleichen auf Rechtspfleger und Urkundsbeamte zu übertragen, stößt dies auf erhebliche Bedenken. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Gegenstand des Vergleichs nicht nur finanzielle Ansprüche sein können – anders als etwa bei Anträgen auf Erlass eines Mahn-/Vollstreckungsbescheides –, erscheint eine rechtskundige Kontrolle der Vollstreckbarkeit zwingend geboten. Erfahrungsgemäß bedarf es oft auch in Hinblick auf den Umfang etwaiger Abgeltungsklauseln richterlicher Hinweise, die nachfolgende Rechtsstreite in Hinblick auf die Auslegung des Vergleichs zu vermeiden helfen. Dieser Prüfungsaufwand bei der Gewährung von Prozesskostenhilfe wird sich vor allem durch die vorgesehene umfängliche Kontrolle und Anfechtbarkeit aller PKH bewilligenden Beschlüsse erhöhen. Damit einher geht erstens der Zwang, die gesetzlich vorgesehenen Ermittlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Zweitens wird sich der Begründungsaufwand drastisch erhöhen. Und drittens wird die Zahl der mit dieser zusätzlichen Prüfungspflicht betrauten Revisoren erheblich aufgestockt werden müssen.

Zu 8.: Der Regierungsentwurf sieht zudem vor, den Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verfahrenskostenhilfe in den § 76 bis 78 FamFG auf Ehesachen und Familienstreitsachen zu erstrecken. Dies hat zur Folge, dass bei sog. einvernehmlichen Ehescheidungsverfahren der Antragsgegner, der dem Scheidungsantrag lediglich zustimmt, hierfür nach § 114 Abs. 4 Nr. 3 FamFG nicht anwaltlich vertreten sein muss. Eine Beiordnung soll künftig vielmehr voraussetzen, dass die Voraussetzungen des § 78 Abs. 2 FamFG erfüllt sind, die Beiordnung mithin wegen der Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage erforderlich erscheint. Ausweislich der Gesetzesbegründung

müsse dem Antragsgegner daher in einfach gelagerten Ehescheidungsverfahren künftig kein Rechtsanwalt mehr beigeordnet werden. Damit würde die Frage, ob sich der Antragsgegner anwaltlich vertreten lassen will, nicht mehr ihm selbst überlassen, sondern dem Gericht. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des Schutzes des Schwächeren, der sehr eingeschränkten Beratungshilfebewilligung in Familiensachen, zur außergerichtlichen Klärung etwa der Folgesachen und der Waffengleichheit der Prozessparteien abzulehnen.

Berlin, d. 11. März 2013

U. Wolf Dr. Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke